

Beschluss des Studierendenparlamentes vom 9. Juni 2016

Kein Werben fürs Sterben!

Das Studierendenparlament der Uni Hamburg begrüßt, dass das Bundeswehr-Career Center nach studentischer Intervention im Vorfeld auf die Beteiligung an der Jobmesse 2016 der Uni Hamburg doch verzichtet hat. Die Universität ist kein Ort für Kriegswerbung und Soldatenrekrutierung. Denn Wissenschaft hat die Aufgabe, die Wahrheit für die menschenwürdige Entwicklung der Welt zu bestimmen und zur Wirklichkeit zu machen. Die Wahrheit stirbt im Krieg jedoch bekanntlich zu erst. Die Mitglieder der Uni Hamburg haben sich auch deswegen „Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft für eine friedliche und menschenwürdige Welt“ im Leitbild der Uni als Ziel ihrer Entwicklung gesetzt. Zahlreiche Unimitglieder arbeiten wissenschaftlich in verschiedenen Fachbereichen und Instituten an der zivilen Entwicklung der Gesellschaft. Dieses Friedensengagement ist der konsequente Ausdruck des Interesses der Mehrheit und die konsequente Fortführung der Erkenntnisse aus dem ersten und zweiten Weltkrieg: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Bis heute ist die Friedensbefürwortung mehrheitlich in der Bevölkerung verbreitet. Die Bundeswehr hat zunehmend mit dieser verbreiteten Kriegsablehnung zu kämpfen. So ist es erschwert, Geschäfte mit Krieg, Militär und Waffen zu machen und durchzusetzen, dass „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“, wie es Horst Köhler, damaliger Bundespräsident, im Jahr 2010 offen aussprach. Zu einer Berufs- und Angriffsarmee umstrukturiert, hat die Bundeswehr besonders Schwierigkeiten junge Leute für die Ausbildung anzuwerben. Deswegen investiert die Bundeswehr Millionen Euro öffentlicher Mittel in PR-Maßnahmen und versucht verstärkt in Schulen, Hochschulen und bei Jobmessen aufzutreten. Dabei versucht die Bundeswehr auch auszunutzen, dass staatliches Handeln mit neoliberaler Arbeitsmarktpolitik und dem Abbau sozialer Errungenschaften zu erheblicher und begründeter sozialer Verunsicherung beiträgt, indem sie sich demgegenüber als sicherer Arbeitgeber präsentiert. Gegen diesen Zynismus gibt es jedoch fast immer und meist erfolgreich Widerstand und Aufklärung aus der Bevölkerung, Friedensbewegung und den Gewerkschaften. Denn die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Bei ihr sollen junge Menschen zu Soldaten und Soldatinnen, sprich zum Töten und damit zu potentiellen staatlich beauftragten Mördern, ausgebildet werden. Über 3000 deutsche Soldaten und Soldatinnen befinden sich aktuell in 16 Auslandseinsätzen der Bundeswehr, vom Kosovo bis Somalia, von Afghanistan bis Mali.

Die Bundeswehr hat an der Universität, die die wissenschaftliche Institution zur Wahrheitsfindung ist, nichts zu suchen. Das Studierendenparlament kritisiert das Stellenwerk der Uni Hamburg Marketing GmbH auf das Schärfste, der Bundeswehr auf der Jobmesse 2016 einen Stand genehmigt zu haben. Krieg ist die am meisten zugespitzte Form und der brutalste Ausdruck der Konkurrenzgesellschaft. Das Studierendenparlament fordert die Uni Hamburg Marketing GmbH auf, die kommenden Jobmessen an der Uni Hamburg so zu gestalten und auszurichten, dass den Studierenden ein sozialkritischer Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht wird und die Bundeswehr nie wieder in Erwägung ziehen kann, an die Uni Hamburg für Rekrutierung von Soldaten und Soldatinnen zu kommen.

Das Studierendenparlament nimmt die Auseinandersetzung mit der Bundeswehr im Vorfeld der Jobmesse 2016 zum Anlass erneut die Forderung nach einer Zivilklausel im Hamburgi-

schen Hochschulgesetz zu bekräftigen. Mit einer Zivilklausel ist der verbindliche Maßstab zu setzen, dass Forschung, Studium und Lehre stets auf eine zivile Entwicklung gerichtet sein sollen. Sie ist damit auch Schutz der Wissenschaften vor der Macht des militärisch-industriellen Komplexes. Das Studierendenparlament ruft alle und insbesondere den AStA auf, das Engagement für die weltweite Friedensentwicklung zu stärken. Der AStA wird beauftragt, im Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“ mitzuarbeiten.

Das Studierendenparlament ruft dazu auf, an der Kundgebung „Kein Tag der Bundeswehr“, am 11. Juni 2016 von 10 bis 18 Uhr, teilzunehmen.